

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 22

**Rubrik:** Das Dokument

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Lage in Polen

Aus Polen hat uns der nachstehende Bericht der PPN, der Polnischen Unabhängigkeitspartei erreicht.

Die Streiks im Mai 1988, mit denen Rechte gefordert wurden, die in Westeuropa seit dem 19. Jahrhundert anerkannt werden, sind von der Regierung noch gewaltsam unterdrückt worden. Die unmittelbare Ursache dieser Streiks waren neben der katastrophalen Wirtschaftslage die Preiserhöhungen und die damit verbundene Senkung des Lebensstandards um einige Dutzend Prozente. Weil es keine freien Wahlen gibt, sind in Polen Streiks das einzige Mittel der Arbeiter, um ihrem politischen Willen Ausdruck zu geben. Als es im August 1988 erneut zu Streiks kam, griff die Regierung nicht mehr zur Gewalt, weil sie eine weitere Zunahme und Radikalisierung der Untergrundbewegungen befürchtete; sie versuchte vielmehr, in Verhandlungen mit Wałęsa als einem Repräsentanten der Opposition eine Lösung zu finden. Um dem Volke wenn möglich zu helfen, ist der links, katholisch und national orientierte Teil der Opposition bereit, mit der kommunistischen Regierung zusammen zu arbeiten. Dazu gehören Wałęsa, Giermek, Kuron, Mazowiecki, Michnik, Stelmachowski sowie die Gruppen um «Tygodnik Mazowsze» und «Tygodnik Powszechny», sowie die Klubs der katholischen Intelligenz. Im Gegensatz zu diesen Gruppen erachtet die rechtsstehende Opposition, d. h. die «Kämpfende Solidarität» (SW), die «Liberal-demokratische Partei Unabhängigkeit» (LDPN) und die «Polnische Unabhängigkeitspartei» (PPN) die Mitgliedschaft Polens im Warschauer Pakt und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe als nachteilig für das Land und das Volk; sie lehnt den Kommunismus ab und will stattdessen freie Marktwirtschaft und politischen Pluralismus wie im Westen. Nach ihrer Auffassung ist die letzte Hoffnung auf eine friedliche Evolution des Kommunismus mit der Verhängung des Kriegszustandes im Dezember 1981 zunichte gemacht worden. Weil sie den Kommunismus ablehnt, muss die rechtsstehende Opposition noch im Untergrund arbeiten. Nach den Vermutungen der Regierung sind ihr zuzuzählen: Gwiazda, Jurczyk, Kolodziej, Morawiecki, Nieduszynski, Rulewski, Slowik, Stanski, Szeremietiew, Ziembinski u. a. m.

Von der öffentlichen Meinung im Westen sind bisher praktisch nur die zur Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime bereiten linken Oppositionellen beachtet worden und nur sie werden von der polnischen Emigration moralisch und materiell unterstützt wie beispielsweise von Jan Nowak vom Polen-Kongress (Kongres Polonii) in USA oder von der Direktion der polnischen Abteilung von Radio Free Europe.

Die Mehrheit der Polen im Lande sieht in den Gesprächen der Regierungsvertreter mit Wałęsa nur ein Manöver; bei einer allfälligen «Zusammenarbeit» werden die Kommunisten schnell wieder die Alleinherrschaft an sich ziehen. Die Teilnahme Wałęsas und seiner Berater an Gesprächen mit der Regierung bewirkt eine Entfernung vom Volk, das mit Betrübnis feststellt, dass ungeachtet des bösen Endes der «Zusammenarbeit» Mikolajczycki mit den Kommunisten (1945–1946) und aller seitherigen üblen Erfahrungen es immer noch Leute gibt, die glauben, mit den Kommunisten gäbe es einen modus vivendi.

Mit dem Angebot von Gesprächen «am runden Tisch» ist es der Regierung gelungen, die Opposition zu spalten in solche, die eine Zusammenarbeit versuchen wollen und in solche, die das als aussichtslos erachten und die den Kommunismus überhaupt ablehnen. Sie glauben, dass es mit dem Kommunismus in Polen zu Ende geht und dass selbst Moskau eingesehen hat, dass man ein 37 Millionen-Volk im Herzen von Europa nicht länger in kolonialer Abhängigkeit halten kann. Deshalb war Gorbatschow einverstanden, dass die Kommunisten in Polen mit den unabhängigen Gewerkschaften zusammen arbeiten, um so den Unabhängigkeitsbestrebungen im Volk den Boden zu entziehen.

Die weitere Entwicklung in Polen hängt jetzt nach Auffassung der Unabhängigkeitspresse wesentlich von der Haltung des Westens ab. Die NATO-Staaten stehen vor der Frage, ob sie Wałęsa unterstützen und damit die Positionen von Jaruzelski und Rakowski und den sowjetischen Einfluss in Polen stärken wollen, oder ob sie den Unabhängigkeitsbewegungen politisch und materiell helfen wollen, ist doch die Unabhängigkeit Polens nicht nur eine polnische, sondern eine europäische Angelegenheit.

Leider ist es Gorbatschow gelungen, mit seinen politischen Aktivitäten im Weltmassstab eine Desorientierung der Politiker im

Westen zu bewirken, von denen viele die Perestrojka als den Wandel eines expansionistischen Imperiums zu einem friedlichen Staat ansehen. Mit dem Vorschlag eines «gemeinsamen europäischen Hauses» will er einen Teil der Europäer von Amerika abspenstig machen und an sich ziehen mit dem Fernziel, die USA aus Europa zu vertreiben und seinen Einflussbereich bis zum Atlantik auszudehnen. Die Sicherheit des Westens und insbesondere Europas kann nicht durch «Einlenken» oder gar Abrüstung erreicht werden wie Naive meinen, sondern nur durch ein Gleichgewicht der Stärke und langfristig durch Begrenzung des demografischen und wirtschaftlichen Potentials der USSR, wovon die Satelliten einen Drittel ausmachen; hier haben 37 Millionen Polen durchaus ihr Gewicht. Wenn die Satelliten wirklich souverän wären – und nicht nur im Sinne der Breschnew-Doktrin – dann wäre das ein Gewinn für die Sicherheit des Westens. Darum muss – müsste – der Westen die Unabhängigkeitsbewegungen unterstützen. Es ist Zeit, dass im Westen verstanden wird, dass der Friede in Europa solange bedroht ist, als die USSR Polen unterdrückt.

In einem Dokument vom 3. Oktober 1988 hat PPN ihre Lagebeurteilung wie folgt zusammengefasst:

1. Die kommunistische Partei und ihre Machthaber sind schwach, ein Teil des Apparats identifiziert sich mit dem Volk.
2. Die Einheit der Armee ist geborsten, diese ist im Falle eines Konflikts mit dem Volk kein sicheres Werkzeug der Partei mehr. Ein Teil des Offizierkorps und der Soldaten steht auf Seite des Volks und der Arbeiter.
3. Die Schwäche der Partei hat zur Folge, dass die Kommunisten nicht mehr allein regieren können; schon verzichteten sie auf ihr Machtmonopol, indem sie Parteilose sowie Anhänger der Solidarność zur Mitregierung einladen. Sie haben die ideologische Macht über die Kirche verloren und sie anerkennen die Privatwirtschaft.
4. Wegen der Unfähigkeit der von den Kommunisten gebildeten Regierungen wird der Lebensstandard weiter sinken, was zu Aufständen gegen die Kommunisten führen wird.
5. Wegen inneren Schwierigkeiten und der Bemühungen um Entspannung mit dem Westen hat die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Eingreifens in Polen abgenommen. Die USSR wird nicht den Einsatz einer Million Soldaten riskieren, um die polnische Armee zu unterdrücken.
6. Die Unabhängigkeitsbewegung hat dafür zu sorgen, dass die weiteren Aufstände in Polen nicht vergeblich bleiben, dass sie nicht nur Opfer fordern, sondern auch politische Resultate zeitigen. Diese hängen ausschliesslich davon ab, ob es gelingt, die Kommunisten von der Macht zu entfernen. ■